

DER FALL FABIOLA CAMPILLAI: WARUM GIBT ES EINE BEFEHLSVERANTWORTLICHKEIT FÜR DAS FEHLVERHALTEN VON UNTERGEBENEN?

19.10.2022. Rodrigo Bustos, Generalsekretär von Amnesty International Chile.

Die jüngste Verurteilung eines Offiziers der Carabineros, der für die Verstümmelung der Augen von Fabiola Campillai verantwortlich ist, ist eine gute Nachricht für die Menschenrechtswelt und auch für die Welt der Justiz, da die strafrechtliche Verfolgung einen Wiedergutmachungsmechanismus darstellt und die Möglichkeit bietet, grausame Handlungen wie diese, die eine Frau ohne drei ihrer Sinne zurückließ, nicht zu wiederholen.

Der strafrechtliche Vorwurf in diesem Fall **lässt jedoch die Feststellung der Verantwortung der Befehlskette der Carabineros für dieses Verbrechen** und für andere Verbrechen derselben Art, die die Unversehrtheit der Menschen schwer beeinträchtigten und die hauptsächlich durch den unsachgemäßen Gebrauch von Schusswaffen begangen wurden, außen vor. Diese hatten das Ziel, die Menschen um jeden Preis auseinanderzutreiben, um die öffentliche Ordnung während der sozialen Proteste von 2019 aufrechtzuerhalten.

Da es sich in diesem Fall nicht um einen Einzelfall handelt, sondern um einen Fall, der sich in einem Kontext langanhaltender und intensiver staatlicher Gewaltanwendung und in einer Zeit ereignete, in der der damalige Präsident der Republik behauptete, man müsse sich einer Art allmächtigem Gegner entgegenstellen, ist es notwendig, die Handlungen dieses Offiziers als Teil der von den Carabineros in Ausübung des so genannten "Polizeikommandos" organisierten Operationen einzuordnen.

In militärischen Einrichtungen oder Einrichtungen mit militärischem Charakter wie den Carabineros ist die Befehlsgewalt die Autorität eines Vorgesetzten gegenüber einem Untergebenen, wobei diese auf der Fähigkeit des Vorgesetzten, die Handlungen des Untergebenen zu kontrollieren beruht. Daher muss die verwaltungs- und strafrechtliche Verantwortung der an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beteiligten Behörden zu diesem Zeitpunkt ermittelt werden, vor allem, weil sie sich nicht vor den negativen Konsequenzen von Maßnahmen drücken dürfen, die sie planen, kontrollieren und bewerten sollten.

Wie Amnesty International in seinem Bericht aus dem Jahr 2021 über die *"Strafrechtliche Verantwortung von Befehlshabern für Verbrechen, die während der sozialen Proteste begangen wurden"*, dargelegt hat, kann das unterlassene Eingreifen von Vorgesetzten aus verschiedenen Rechtsquellen abgeleitet werden, wie z. B. aus dem Gesetz 20.357, wenn davon ausgegangen wird, dass internationale Verbrechen begangen wurden, oder aus Artikel 150 D des Strafgesetzbuchs, wenn Folter, rechtswidrige Nötigung oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung nicht verhindert oder unterbunden wurden.

Drei Jahre nach dem sozialen Ausbruch muss die Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit einerseits die beteiligten Institutionen administrativ feststellen, inwieweit die Befehlskette für die verheerenden Konsequenzen der Einsätze, die zu Menschenrechtsverletzungen geführt haben, verantwortlich war, und andererseits diejenigen, die sich noch im aktiven Dienst befinden und an diesen Entscheidungen beteiligt waren, unverzüglich von ihren Posten entfernt werden.

Original: <https://amnistia.cl/noticia/caso-de-fabiola-campillai-por-que-existe-responsabilidad-de-mando-por-hechos-ilicitos-de-los-subordinados/>